Nacht-Telegramme.

→ An die Königl. Wasserbau-Direction ist am 24. Februar folgende Nachricht eingegangen: Leitmeritz, 8 Uhr Nachm. Wasserstand 206 Ctm. über Null; Elbe eisfrei, Eger noch mit Eis verschlagen.

Dresdner Nachrichten

Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenz in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 38 bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Die Redaktion aus an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Alle Zeilen kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Emil Hirschfeld's Reit-Institut. Tattersall u. Pensionsstallungen, 2 Struvestrasse 2. Elegant und comfortabel eingerichtete Reitbahn, Garderoben u. Stallungen. Vorzüglicher Reitunterricht für Damen, Herren u. Kinder zu jeder Tageszeit. Ausleihen eleganter Reitpferde u. Fahrgeschirre zum Selbstkutschiren. Aufnahme von Pensionspferden. Grosse Auswahl von Reitpferden zum Verkauf.

Nr. 56. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Vorwiegend trübe, Temper. um Gefrierpunkt, meist schw. Frost. **Dresden. Mittwoch, 25. Februar.**

Politisches.

Die sechste Sitzung des Reichstages war dadurch hervorstechend, daß Se. Durchlaucht der Fürst Reichskanzler derselben — beinahe beigewohnt hätte. „Er" wollte kommen und bereits hatte eine strenge Sichtung der Tribünen stattgefunden, da traf statt seiner die Absage ein, er war unwohl geworden. Somit ging die erste Gelegenheit, die auswärtige Politik des Reiches zu lüften, vorüber. Man verlangte regierungsseitig die Errichtung eines Consulates in Apia, einer Stadt auf jenen famosen Südsee-Inseln, welche die Firma Godeffroy u. Co. in Hamburg dem Reiche aufhalsen möchten. Zeichnungen für diese Gründung nehmen nun zwar alle Bleichröder des Reiches aufs Menschenfreundlichste an, aber für die Existenz der Gründung kommt das Reich nicht auf. Im Gegentheil, man betonte, es handele sich um ein Consulat der dortigen deutschen Handelsinteressen, nicht um eine politische Demonstration. Einstweilen ruht die Position im Schooße der Budgetcommission, wohin sie vom Plenum verwiesen ward. Mit dem ferneren Punkte der Tagesordnung, die Haftfreiheit der Sozialisten Fritzsche und Hasselmann betreffend, blieb sich der Reichstag nur consequent, wenn er die Unverletzlichkeit seiner beiden sozialistischen Mitglieder, gegen die Ausführungen Windthorst's, v. Kardorff's und Beseler, einfach aussprach. Bei dieser Gelegenheit fiel ein kalter Bannstrahl des Präsidenten gegen den Antragsteller Hasenclever, der das Verhalten des Reichstages und der Gerichte in dieser Sache als „Nonsens" bezeichnet hatte. Der Ordnungsruf trifft den unparlamentarischen Ausdruck mit Recht. Der Sache nach aber ist Hasenclever'n nur beizupflichten, denn welchen Sinn hat es, die Wahl der Herren Fritzsche und Hasselmann als gültig anzuerkennen, sie aber auf Grund des Sozialistengesetzes zu verhaften, sobald sie Berlin betreten? Für die Dauer des Reichstages muß jedes gewählte und bestätigte Mitglied völlig unverletzlich sein. Ohne Debatte bewilligte dann die Versammlung in 2. Lesung endlich den ganzen Aufwand für den Bundesrath, den Reichskanzler und die Reichskanzlei mit wohl zu bemerkender Großmuth, so etwa, als wollten unsere Volksboten sagen: Wir nörgeln nicht um Kleines und Unvermeidliches, wir warten ab bis der große Tag kommt, wo wir die Hauptsache, 544½ Millionen Militäretat zu kritisiren haben werden. Selbst eine Miniaturprobe, daß der Reichstag eine Ansicht, ja, einen freien Willen habe, lieferte derselbe heute nicht, denn auch die 50,000 Mark für die Staatssekretariatsstelle (14,000 Mark plus) wurden kurzweg bewilligt. Hänel und Richter bekämpften die Position, Kleist, Ratzow, Hohenlohe und Maltzan befürworteten sie, die übrigens einen pikanten familiären Beigeschmack hat. Die Steigerung des Gehaltes für diesen Posten von 36,000 auf 50,000 Mark bei völlig freier Amtswohnung in Berlin und zu einer Zeit allgemeiner Sparnothwendigkeit, kommt just zur Vorlage, als ziemlich unverblümt der deutsche Gesandte in Paris, Fürst Hohenlohe, in die Stellung des einstigen Staatssekretärs v. Bülow eintritt. Er wird sich bei 50,000 Mark besser als bei nur 36,000 Mark behelfen können — auch wenn es wahr sein sollte, daß es sich nur um ein Provisorium handelt. — Bei der Militärnovelle wird Fürst Bismarck sprechen; da will er sich emporstrecken in der ganzen antiken Größe und sagen — was wir wissen sollen. Allerdings wird sein Eintreten für diese Vermehrung der Volkslasten wichtig und von Entscheid sein, denn in Abgeordnetenkreisen ist man durchaus nicht so absolut gefügig für die Bewilligung, wie es kanzlerischerseits gewünscht wird. Allerdings hat er die Nationalliberalen im Hintergrunde, wenn ihm das Centrum, erbittert von der Nichterfüllung seiner Wünsche, den Gehorsam kündigen sollte. Zur Mehrheit in der Militärforderung sind 199 Stimmen erforderlich. Alle Conservativen, Freiconservativen, die Völk'sche Partei und die „verläßlichen" Nationalen unter Meister Bennigsen zusammengerechnet, kommen nur über 180 Stimmen für die Bewilligung zusammen. Bleiben also nur 20 Nationalliberale des linken Flügels fest (wer lacht da?), so könnte die Militärnovelle zum Fall kommen.

Da thut denn Rußland und der Nihilismus gute Spanndienste. Es weht ein merkwürdig kalter Hauch von der Spree zur Newa. Die „Nordd. Allg.", die „Post" und ähnliche Mundstücke des auswärtigen Amtes schreiben heute so, wie die „Dresd. Nachr." 1876 geschrieben haben. Damals warnten wir, wie die gesammte unabhängige Presse Deutschlands und Englands, vor den russischen Eroberungsgelüsten, vor dem Preisgeben der Türkei. In Berlin aber war man natürlich weiser als wir Alle: der Zar habe sein Wort verpfändet, keine Eroberungen machen zu wollen, Rußland ginge nur aus Menschenliebe, zum Schutz des Kreuzes, über den Balkan. Schön. Wie dann das Lied endete, weiß man und heute sind nun die Berliner Russophilen plötzlich dahinter gekommen, daß Rußland wie das corrumpirte Frankreich von 1852 auswärtige und Eroberungskriege führen müsse, um der Gährung im Innern einen Abzug zu schaffen. Je fauler es in Frankreich ward, je eifriger ging man gegen Oesterreich, Mexiko und endlich, trotz aller Gefahr, mit einem va banque des verzweifelnden Imperialismus gegen Deutschland vor.

Nun, wenn diese Erkenntniß bei den Berlinern ehrlich wäre, wenn wir die unselige Vorliebe für und die Koketterie mit Rußland endgiltig verwunden hätten, das könnte uns nur recht sein. Aber es handelt sich bei den Angriffen der Spree-Offiziösen nur um die Erzeugung eines Hochdruckes auf die Stimmung unserer Abgeordneten. Sie sollen Rußland fürchten. Bis 1879 sollten sie es lieben, jetzt fürchten: Frankreich dagegen durften wir bis zum Januar hassen; jetzt aber, wo wir Gründe brauchen, unser Militär zu vermehren, ohne doch den Weltfrieden als bedroht hinzustellen, dürfen wir wegen Frankreich ruhig sein. Der immerhin pikante offiziöse Artikel der „Post" sagt:

„Die dunkle Wolke hängt nicht in Elsaß-Lothringen. Es ist kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die jetzige französische Regierung Kriegsgelüste hege; dergleichen finden sich nur in den Parteien, die Fühlung mit Rußland suchen. Ueber Elsaß-Lothringen kann man ohne Sorge sein; Frankreich würde ohne Bundesgenossen, auch unter einer anderen Regierung, Deutschland schwerlich angreifen. Der europäische Friede liegt wesentlich unter dem Verschluß Rußlands, und auf dieser Seite bilden sich allerdings schwarze Punkte durch die außerordentliche Steigerung der russischen Streitkräfte, die seit dem Berliner Frieden eingetreten ist, während Rußland unter allen europäischen Ländern dasjenige ist, welches mit größter Sicherheit darauf rechnen kann, nicht angegriffen zu werden, die Rüstung also nur einen aggressiven Charakter haben kann. Das möge die russische „Petersburger Zeitung" sich zu Herzen nehmen, wenn sie die deutsche Thronrede der Unwahrheit beschuldigt. Der einzige Eroberer, der Europa's Frieden bedroht, ohne selbst von irgend einem Angriff bedroht zu sein, ist eben Rußland, die einzige Macht, durch deren drohende Rüstungen, unterstützt von dem Tone ihrer Presse, das ganze übrige Europa verhindert wird, sich dem Vertrauen auf die Dauer des bestehenden Friedens hoffnungsvoll hinzugeben. Rußland hat von dem napoleonischen Frankreich die Erbschaft der puren Eroberungskriege übernommen. Niemand wird etwas Anderes in dem letzten Türkenkriege sehen können. Rußland hat lediglich in seinem Machtinteresse und für Ländergewinn im Jahre 1877 die Türkei angegriffen; und es ist nicht ersichtlich, welchen anderen Zweck die ungeheure russische Armee haben kann, als Eroberung auf Kosten aller Nachbarstaaten, von Asien bis zur Westgrenze."

Sehr richtig! Aber nicht das revolutionäre Rußland ist unser Feind, sondern das reactionäre Rußland. Wohl, die Nihilisten (die „Alles Verneinenden") können keine Neubildung des russischen Staates herbeiführen; sie sind lediglich ein Krankheitssymptom, wie die Pestbeule Beweis ist verdorbenen Blutes. Aber wenn die Nihilisten auch gleichsam nur die Hand sind, die dem anbrechenden Lichte der Aufklärung die Hemmnisse aus dem Wege räumt — selbst unter Anwendung von Verbrechen — so stehen hinter ihnen Millionen leidensmüder, unterdrückter Russen der gebildetsten Kreise. Diese werden, wenn es Zeit dazu ist, über die Nihilisten hinweg die Bewegung an sich reißen. Sie wollen nicht den Krieg mit Deutschland, nicht die Eroberung Konstantinopels, nicht das Satellitenthum der Donaustaaten, sondern sie wollen die Kultur ihres geliebten Vaterlandes. Will man in Berlin wirklich den Weltfrieden, so werfe man Deutschlands Macht in die Waage, daß diesem geknechteten russischen Volke Menschenrechte eingeräumt werden, daß dieser Staat eine humane konstitutionelle Regierung erhalte, dann haben wir die russischen Rüstungen nicht zu fürchten und ersparen für unsere Rüstungen 26½ Millionen Mark, die wir für Friedenszwecke wahrlich besser gebrauchen könnten!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 24. Februar. Reichstag. Eingegangen sind im Bureau des Reichstages der Gesetzentwurf über Erhebung der Brausteuer. Das Gesetz, die Schiffsmeldungen bei den Consulaten betreffend, ward debattelos in 3. Lesung genehmigt. Bei dem Marineetat fragt Rickert-Bremen: warum das Kommando beim Steuerwesen geändert worden sei. Stosch erwidert: aus technischen Gründen. Hänel erinnert an die Konfusion auf dem Gr. Kurfürsten und fragt: wann darüber dem Reichstage voller Einblick werden würde. Stosch erwidert: er müsse sich auf die Darlegungen des Marineverordnungsblattes beschränken, was Lasker und Hänel bestimmt, den Marineminister um weitere Aufklärungen zu ersuchen. Der Marineetat wird schließlich genehmigt. Der Reichstag genehmigte den Etat der Reichsjustizverwaltung. Auf vielfache Klagen über die neuen Gerichtskostentaxe erwiderte der Staatssekretär Schelling: Die Abänderung der Gebührentarife müsse von der Initiative der Einzelstaaten ausgehen. Die Vorlage über ein neues Aktiengesetz hoffe er dem Reichstage in nächster Session machen zu können. Bei Berathung des Etats des Schatzamts widerlegt der Staatssekretär Scholz die neuliche Unterstellungen Bambergers, daß die Sistirung der Silberverkäufe eine Aenderung des Münz- und Bankgesetzes impolire, die Sistirung erfolgte lediglich, weil die Regierung die Verantwortung für die mit den Silberverkäufen verbundenen Verluste nicht tragen wollte. Es sei ein Interimistikum, keine definitive Maßregel, es handle sich um Verlangsamung des Tempo's in Durchführung der Münzreform. Namentlich in Süddeutschland stellte sich ein größerer Silbermünzbedarf heraus, als erwartet wurde. Dem Reichstage werde deshalb wahrscheinlich noch in dieser Session eine Vorlage wegen Abänderung des Artikels 4 des Münzgesetzes zugehen.

Berlin, 24. Febr. Die „Nordd. Allg. Zeitung" veröffentlicht eine ihr von beachtenswerther Seite kommende Zuschrift, welche in Betreff des gestrigen Artikels der Norddeutschen über die Befestigung Kownos die Meinung ausdrückt, daß aus der Befestigung der eigenen Grenze noch nicht nothwendig eine feindliche Tendenz gegen den Nachbar hervorgehe (?), sondern nur ein objektives Bedürfniß vorliege, die eigene Sicherheit durch eigene Mittel zu verbürgen. Die Haltung der polnischen Bevölkerung (?) bei ausbrechenden Konflikten können fortifikatorische Anlagen von großer Wichtigkeit erscheinen lassen. Es ließen sich noch andere Konflikte denken, welche die Nützlichkeit der Befestigung Kownos darthun werden, ohne daß dabei nothwendig der Bruch langjähriger Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland vorausgesetzt werden müßte. Jedenfalls stehe das Recht, sich so an den Grenzen zu befestigen, jedem unabhängigen Staatswesen zu. (Diese nichtssagenden Abschwächungen druckt die „Nordd. Allg. Ztg." wohl nur ab, weil ihr der Muth bereits ausging, einmal eine Zeile gegen Rußland und die unselige Erbfreundschaft zu drucken. D. R. d. R.).

Locales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König und Se. K. H. Prinz Georg wohnten gestern Nachmittag von ½2 Uhr an der Sitzung des Gesammtministeriums (erste Etage des königl. Schlosses) bei.

— Der Commandeur der Artillerie-Brigade Nr. 12, Herr Generalmajor v. Funcke, welcher bereits seit der Erkrankung des nunmehr verstorbenen Herrn Generalleutnant v. Militz die Function des Stadtcommandanten interimistisch versah, ist nunmehr von Sr. Maj. dem Könige definitiv zum Commandanten der Residenz, unter gleichzeitiger Beförderung zum Generalleutnant, ernannt worden.

Der Prof., Geh. Medizinalrath Dr. Justus Radius in Leipzig hat den Charakter und Rang als „Geheimer Rath" in der II. Klasse der Hofrangordnung, der Kapelldiener Gottfried Weickelt das Allgemeine Ehrenzeichen erhalten.

— Die schon erwähnten Theateraufführungen (lebende Bilder rc.) am königlichen Hofe finden, wie nunmehr feststeht, an zwei auf einander folgenden Tagen und zwar Sonnabend und Sonntag den 28. und 29. d. Mts. in der zweiten Etage des königlichen Schlosses statt und wurden bereits gestern Abend Probeaufführungen abgehalten. Die Bühnenmitglieder gehören zum Theil den höheren Hofchargen an, zum Theil sind es Offiziere hiesiger und auswärtiger Garnisonen. Die Vorstellungen werden nur im engeren Familienkreise abgehalten.

— Landtag. Während gestern die 1. Kammer die Etats der Zuschüsse zum Departement der Finanzen (Ref. Se. K. H. Prinz Georg), verschiedene Einnahme-Etats (Ref. Präs. Rülke) und den Personal- und Besoldungsetat der Landes-Immobiliar-Brandversicherungsanstalt auf die Jahre 1880–81 (Ref. Bürgermstr. Martini) durchgängig nach den Beschlüssen der 2. Kammer erledigte, faßte diese über eine Reihe von Petitionen Beschluß. Die Hausbesitzervereine zu Leipzig, Reudnitz, Volkmarsdorf, Gohlis, Thonberg, Möckern und Plaußen bitten um Erlaß zweier gesetzlicher Bestimmungen, Zwangsvollstreckung aus Hypothekenbüchern betr. Die Abgg. Freytag und Mehnert verwendeten sich für die Petition, Dr. Krause dagegen. Ein Antrag des ersten Redners auf Erwägung wurde abgelehnt, der Antrag der Deputation (Ref. Dr. Böhme), die Petition auf sich beruhen zu lassen, angenommen. Die Fischer-Innungen von Dresden und Meißen ersuchen um Verbindung der Elbstromcorrectionsdämme mit dem Strome, damit die Fische in ersteren ungestört laichen können, sowie darum, daß ihnen die Genehmigung zum Lachsfange in der Elbe an allen Tagen in der Zeit vom 10. April bis mit dem 9. Juni, also während der ganzen Schonzeit, wenn auch nur an bestimmten, von ihnen näher bezeichneten Stellen des Elbstromes, gestattet werde. Zugleich klagen sie darüber, daß in der Elbe vielfach von Unberechtigten gefischt werde und daß außerdem an sich Berechtigte oft mit verbotenen Fanginstrumenten und ohne Rücksicht auf die Schonzeit fischen, nicht minder auch darüber, daß die Anwohner gewisser in die Elbe fließender Gebirgsbäche, z. B. der Polenz, in welche die Lachse im Herbste zum Zwecke des Laichens aufzusteigen pflegten, die geordnete Schonzeit (15. Oct. bis 14. Decbr.) nicht respektirten. Trotz warmer Befürwortung durch den Abg. Walter hatte diese Petition das Schicksal der vorhergegangenen (Ref. Abg. Berndt). Dagegen wurde die Petition von 392 Hausirhändlern aus Lauter, Bernsbach, Bockau und Siannenstiel auf Herabsetzung des Normal-Steuersatzes für den Gewerbebetrieb im Umherziehen von 50 auf höchstens 30 Mark der Regierung zur Kenntnißnahme übergeben (Referent Abgeordneter Käuffer). Für diese Petition traten ein Abgg. Mehnert, Breitfeld, Heger und Speck, während Abg. Uhlemann darauf verwies, daß die Erfüllung aller dergl. Wünsche schließlich einer Wiederaufhebung des Gesetzes über die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen gleichkommen würde. Geh. Finanzrath Dr. Diller theilte mit, daß auf eine größere Einheitlichkeit in der Besteuerung des Hausirhandels hingewirkt werde. — Eine Beschwerde der Frau Helene Sahrer von Sahr geb. Gräfin von Einsiedel wegen Abforderung eines zu hohen Betrags der Erbschaftssteuer von dem von ihr ererbten Rittergute Prietitz hat der ersten Kammer Anlaß zu folgendem Beschluß gegeben: die Regierung zu ersuchen, sie wolle eine nochmalige Taxation des Rittergutes Prietitz anordnen und auf Grund des Ergebnisses dieser Würderung den Erbschaftstempel anderweit feststellen. Die diesseitige Deputation (Ref. Abg. Berndt) schlug Beitritt vor. Abg. Beeg begründete in classischer, von Heiterkeits-Eruptionen unterbrochener Rede, daß die ursprüngliche Taxation keineswegs zu hoch, eher zu niedrig gewesen. Wenn sich's um einen anderen Bäuerlichen gehandelt hätte, würde es wohl geheißen haben: Du, komm 'mal her, August! Die Kr. beschloß darauf dem Deputationsantrage gemäß. Die wichtigste von all den zur Verhandlung gelangten Petitionen war die des Stadtraths zu Meißen um Aufhebung folgender Bestimmung der revid. Städteordnung: „Wenn Gemeindeanlagen nach dem Maßstabe des Einkommens erhoben werden, sind festes Diensteinkommen, Wartegeld und Pensionen nur zu ⅔ in Anschlag zu bringen." Das Staats-Einkommensteuergesetz kennt eine solche Ausnahmebestimmung für die Festbesoldeten nicht, weshalb sie auch, so folgert wenigstens der einfache Unterthanenverstand, den Gemeinden gegenüber unhaltbar ist. Trotzdem schlug die Deputation (Ref. Abg. Speck) vor, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Da die Deputation auch die Frage der Zulässigkeit von Dispensations-Ertheilungen berührt hatte, erklärte sich Abg. Wönisch gegen die Möglichkeit von Dispensationen in diesem Falle. Abgg. Siedoff, v. Oeßlschlägel, Müller-Colditz und Kirbach wiesen die Unhaltbarkeit der fraglichen Bestimmung, zum Theil an der Hand drastischer Beispiele, nach. Der Staatsminister von Nostitz-Wallwitz und Vice-Präsident Streit verwiesen dagegen auf den Umstand, daß Preußen den Beamten noch höhere Vergünstigungen bezüglich der Kommunalsteuern gewähre, als unsere revidirte Städteordnung, wogegen wieder eingehalten wurde, daß Sachsen ja auch selbstständig seine Beamtengehalte regele. Schließlich wurde die Petition auf Antrag des Abg. Kirbach gegen 19 St. der Regierung zur Erwägung überwiesen. Endlich wurde eine Petition der Liquidatoren der Centralbank für Landerwerb und Bauten zu Dresden um Rückübertassung des Areals der Schanze Nr. 4 an die frühere Besitzerin der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen (Referent Abg. Bunde).

— Auf der heutigen Tagesordnung der zweiten Kammer stehen Eisenbahn-Petitionen. Solche sind wieder zahlreich eingegangen. Die Regierung hat abgelehnt, bestimmte Erklärungen über das eine oder andere Projekt zu geben, bis ihr Erörterungen über die einzelnen Linien vorlagen. Die Deputation schlägt deshalb vor, sämmtliche auf Errichtung neuer Bahnen gerichtete Petitionen der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen. Die in Betracht kommenden Linien sind: Dresden-Wilsdruff (die Nothwendigkeit der Weiterführung nach Nossen anerkannte die Deputation nicht), Dresden-Moritzburg-Radeburg-Königsbrück-Kamenz (gelegentlich deren die Deputation darauf hinwies, daß es ihr bedenklich sei, jeden Versuch der Selbsthilfe Eisenbahn bedürftiger Gegenden abzuschneiden), Berggießhübel-Gottleuba, Dürrröhrsdorf-Dresden, Niederlößnitz-Lungkwitz, Wittweida-Rochlitz, Waldheim-Hartha-Geringswalde-Rochlitz, Altenburg-Roßwein-Frohburg-Lausigk-Grimma, Annaberg-Schönfeld-Thalheim-Stollberg, Wilkenfluß-Bahn, Schwarzenberg-Annaberg, Wolkenstein-Jöhstadt-Landesgrenze, Weiterbau von Kirchberg nach der Chemnitz-Aue-Adorfer Bahn, Zittau-Reichenau und Löbau-Wilthen. Weiter wird beantragt: die Petition der Rodischäßer Papierfabriken, soweit sie auf Verkehrserleichterungen gerichtet ist, der Regierung zur Erwägung, die Niederlößnitzer Petition auf bessere Verkehrseinrichtungen zur Kenntnißnahme und eine Petition auf Errichtung einer Güterstation zu Altmittweida gleichfalls zur Kenntnißnahme zu überweisen, dagegen die Petitionen des Ge-